

# Ökonomische Verluste in Deutschland durch Pandemie und Krieg

Michael Grömling, 02.11.2022

**Die Pandemie und der Krieg in der Ukraine gehen mit hohen wirtschaftlichen Einbußen einher. Würden diese beiden unheilvollen Ereignisse das Wirtschaftsleben nicht beeinträchtigen, dann wäre die Wertschöpfung in Deutschland in den Jahren 2020 bis 2022 um insgesamt 420 Milliarden Euro höher ausgefallen. Hohe Staatsausgaben wirkten diesen Verlusten zwar entgegen, beim Privaten Konsum waren durch Lockdowns und inflationsbedingte Kaufkraftverluste jedoch Einbußen von rund 400 Milliarden Euro zu verzeichnen. In den drei Krisenjahren kamen Investitionen von 125 Milliarden Euro nicht zustande, was dauerhaft den Wohlstand belastet.**

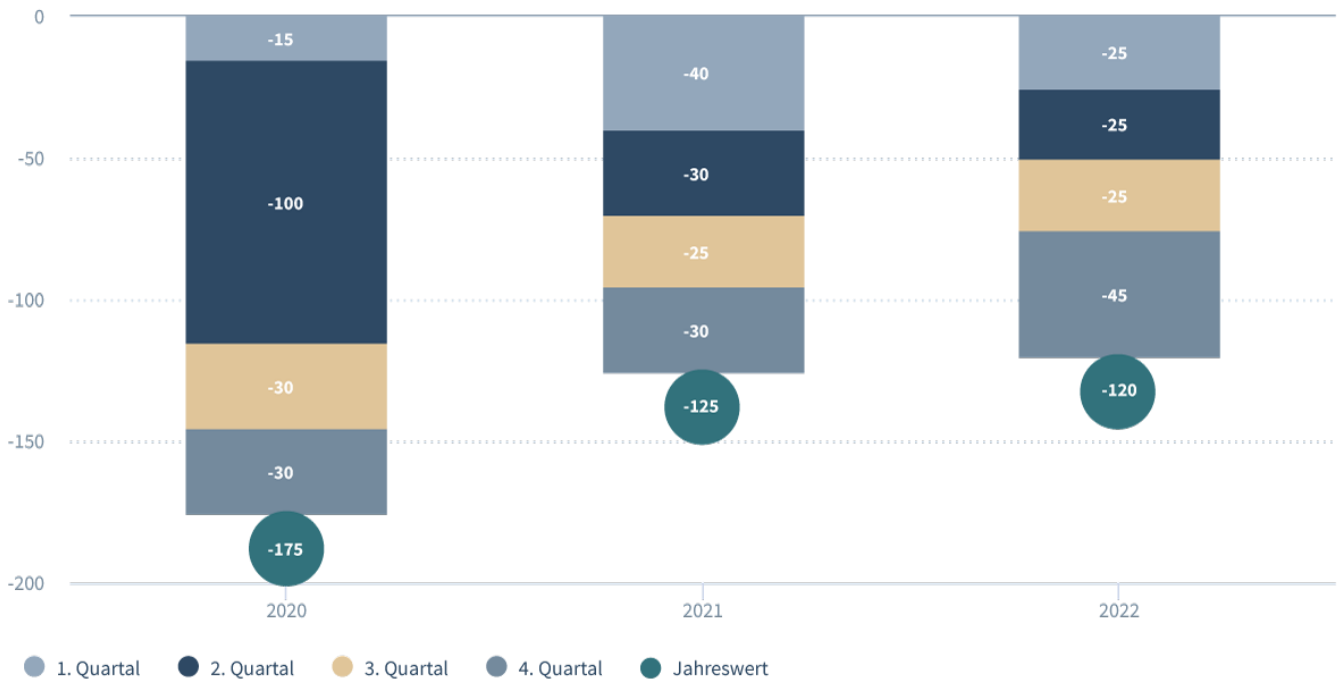
Die deutsche Wirtschaft befindet sich aus dem unheilvollen Zusammenwirken von anhaltender Pandemie und dem Krieg in der Ukraine im nunmehr dritten Krisenjahr. Die globalen Produktionsnetzwerke leiden noch immer unter den pandemiebedingten Verspannungen. Die kriegsbedingten Versorgungsprobleme mit Energie und Rohstoffen sorgen für bislang ungekannte Kostenschocks. Zudem leidet die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in ihrer vollen Breite. Nach den Konsumeinschränkungen infolge der bisherigen Infektionswellen zehren nunmehr hohe Inflationsraten an der Kaufkraft der Haushalte. Angesichts anhaltend unsicherer Wirtschaftsperspektiven halten sich Unternehmen mit ihren Investitionen weiter zurück. Die Weltwirtschaft verliert

wieder an Schwung und dies setzt dem deutschen Exportgeschäft zu.

Infolge der unmittelbaren Pandemielasten und ihrer Folgewirkungen sowie durch den Krieg in der Ukraine haben sich mittlerweile hohe wirtschaftliche Kosten in Deutschland aufgebaut. Um diese Einbußen quantifizieren zu können, bieten sich zumindest zwei Perspektiven an: Zum einen kann ein Vergleich mit der Wirtschaftsleistung vor der Pandemie (etwa dem vierten Quartal 2019 oder dem Jahresdurchschnitt 2019) gewählt werden. Das Wirtschaftsleben hätte sich allerdings ohne die Pandemie und die Kriegslasten weiterentwickelt und wäre wahrscheinlich nicht auf dem Niveau von 2019 stagniert. Um diese potenzielle Dynamik zu berücksichtigen, kann der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung ein kontrafaktischer Konjunkturverlauf gegenübergestellt werden (Grömling, 2022). Dabei wird von einem ökonomischen Umfeld ausgegangen, in dem es die Pandemie und den Krieg in der Ukraine sowie ihre jeweiligen ökonomischen Effekte nicht gegeben hätte. Aufbauend auf der IW-Prognose vom Dezember 2019 wird der damals erwartete Konjunkturverlauf für das Jahr 2020 unterstellt und diese Prognose wird dann für die beiden Jahre 2021 und 2022 mit einem Verlaufstempo fortgeschrieben, das sich an der trendmäßigen Konjunkturdynamik in der Vergangenheit orientiert.

# Wertschöpfungsverluste durch Pandemie und Krieg

Jährliche und vierteljährliche Einbußen beim realen Bruttoinlandsprodukt<sup>1)</sup> in Milliarden Euro



1) Tatsächlicher Verlauf des realen Bruttoinlandsprodukts (für 4. Quartal 2022: IW-Herbstprognose September 2022) im Vergleich zu einem kontrafaktischen Verlauf ohne Pandemie und Krieg (auf Basis 4. Quartal 2019); gerundete Werte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Ein solche Gegenüberstellung von faktischem und kontrafaktischem Konjunkturverlauf liefert eine grobe Orientierung für die bislang aufgelaufenen Wertschöpfungsverluste infolge der Pandemie und neuerdings durch den Krieg. Um den Charakter einer groben Orientierungsrechnung zu unterstreichen, werden gerundete Werte ausgewiesen. Demnach ergibt sich bislang in Deutschland ein Gesamtverlust an preisbereinigtem BIP in Höhe von 420 Milliarden Euro. Damit nähert sich das Ausmaß der gegenwärtigen Wertschöpfungsverluste jenen 500 Milliarden Euro infolge der globalen Finanzmarktkrise (Grömling et al., 2022). Die Abbildung veranschaulicht, wie sich die bisherigen Einbußen infolge von Pandemie und Krieg auf die Jahre und Quartale verteilen:

- Auf das erste Corona-Jahr 2020 entfallen rund 175 Milliarden Euro, wobei allein 100 Milliarden aus dem starken Wirtschaftseinbruch im zweiten Quartal resultieren. Infolge der starken Erholung im dritten Quartal 2020 konnten die Wertschöpfungsausfälle zwar wieder in erheblichem Ausmaß reduziert werden, weitere Fortschritte wurden wegen der zweiten Infektionswelle jedoch nicht mehr erreicht. Für den gesamten Zeitraum muss berücksichtigt werden, dass der stark expandierende Staats-

konsum den Einbußen bei der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und bei der damit verbundenen Wertschöpfung merklich entgegenwirkte.

- Die erneuten wirtschaftlichen Einschränkungen infolge der Pandemie im Winter 2020/2021 führten vor allem im ersten Quartal 2021 zu deutlich ansteigenden Wirtschaftsausfällen. Hinzu kamen im Jahresverlauf die vorwiegend industriellen Produktionsprobleme infolge der weltweit gestörten Liefernetzwerke. Dies hatte eine fortschreitende Verminderung der Pandemiekosten ausgebremst, sodass für 2021 Einbußen gegenüber einer kontrafaktischen Konjunktur in Höhe von 125 Milliarden Euro geschätzt werden.
- Nach den erneuten pandemiebedingten Einschränkungen im vierten Quartal 2021 kam es zunächst im ersten Quartal 2022 zu einer sichtlichen wirtschaftlichen Belebung, die jedoch mit der russischen Invasion in der Ukraine endete. Im Jahresverlauf 2022 schlugen sich weiterhin die pandemiebedingten Störungen der globalen Lieferketten negativ nieder. Dazu kommen die Kaufkraftverluste infolge der Kosten- und Preisschocks, sodass sich in den ersten drei Quartalen 2022 die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung nur wenig dem hypothetischen Verlauf

ohne Pandemie und Krieg annäherte. Auf Basis der kontrafaktischen Setzung und der IW-Prognose für das vierte Quartal 2022 werden aber wieder deutlich ansteigende Produktionsausfälle zu verzeichnen sein. Insgesamt belaufen sich die Kosten von Pandemie und Krieg im Jahr 2022 auf 120 Milliarden Euro.

Eine Trennung der Pandemie- und Kriegskosten ist schätzungsweise möglich, obwohl sich die multiplen Auswirkungen beider Schocks überlagern. Eine Gegenüberstellung der Prognosen vor dem Kriegsausbruch und am aktuellen Rand liefert einen Hinweis auf Einbußen, die durch den Krieg entstehen: Aus dem Vergleich der IW-Prognose vom Dezember 2021 und der angepassten Prognose vom September 2022 ergibt sich eine Revision des (preisbereinigten) Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von knapp 90 Milliarden Euro für 2022. Das resultiert aus Abwärtskorrekturen beim Privaten Konsum und bei den Investitionen, aber auch beim Außenbeitrag infolge hoher Exportrevisionen.

Beim Gesamtblick auf die betrachteten zwölf Quartale dominieren bei Weitem die Ausfälle beim Privaten Konsum. Zum einen ergeben sich diese aus den eingeschränkten Konsummöglichkeiten infolge der pandemiebedingten Lockdowns. Zum anderen schwächen die seit Mitte 2021 hohen Inflationsraten die Kaufkraft der privaten Haushalte. In Summe dürften sich die Konsumausfälle im Vergleich mit einer kontrafaktischen Entwicklung auf rund 400 Milliarden Euro belaufen – das sind rund 5.000 Euro je Einwohner. Dabei waren die höchsten Einbußen aufgrund der Lockdowns im zweiten Quartal 2020 und im ersten Halbjahr 2021 zu verzeichnen. Im vierten Quartal 2022 wird ein erneut ansteigender Konsumverlust eintreten, der aber merklich unter den vormaligen Höchstwerten liegt.

Während durchgehend die stark expandierenden Staatsausgaben und zusätzlich im zweiten Corona-Jahr der Außenhandel den Konsumeinbußen merklich entgegenwirkten, bremste die Investitionstätigkeit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Produktion in Deutschland merklich ab. Dies liegt zum einen an der Investitionszurückhaltung in Zeiten hoher Verunsicherungen. Zum anderen erklären die globalen Produktions- und Logistikprobleme die schwachen Investitionen. Das zeigt sich bei den Ausrüstungsinvestitionen

durchgehend seit gut zwei Jahren. Während die Bauinvestitionen im Jahr 2020 stabil waren, kamen sie aufgrund von Material- und Produktionsproblemen zunehmend unter Druck. Nicht zuletzt verschärft der Krieg in der Ukraine die pandemiebedingte Investitionsschwäche in Deutschland (Bardt/Grömling, 2022). Akkumuliert über die Jahre 2020 bis 2022 ergeben sich somit Einbußen bei den Bruttoanlageinvestitionen von 125 Milliarden Euro. Diese hohen akkumulierten Investitionsausfälle schaffen ein bleibendes Kapitalstockdefizit. Damit werden das Produktionspotenzial und die darauf aufsetzende Wohlstandsbasis in der laufenden Dekade empfindlich und dauerhaft beeinträchtigt.

## Literatur

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2022, Krieg in der Ukraine verschärft bestehende Investitionsschwäche, IW-Report, Nr. 44, Köln

Grömling, Michael, 2022, Ökonomische Verluste nach zwei Jahren Corona-Pandemie, IW-Kurzbericht, Nr. 3, Köln

Grömling, Michael / Hentze, Tobias / Schäfer, Holger, 2022, Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie in Deutschland – Eine ökonomische Bilanz nach zwei Jahren, in: IW-Trends, 49. Jg., Nr. 1, S. 41–72